



Büro Landrat	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Ruth, Sigrid Datum: 08.12.2015	<b>Antrag</b>	<b>2015/333</b>
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

## **Beratungsgegenstand:**

Antrag der Gruppe CDU/ Bündnis 21 RRP vom 07.12.2015 (Eingang: 07.12.2015)

Resolution: Gegen die Mittelkürzung im Kommunalen Straßenbau um 15 Millionen Euro

## **Produkt/e:**

### **Beratungsfolge**

Status	Datum	Gremium
N	21.12.2015	Kreisausschuss
Ö	21.12.2015	Kreistag

## **Anlage/n:**

Originalantrag

## **Beschlussvorschlag der Gruppe CDU/ Bündnis 21 RRP:**

Der Kreistag des Landkreises Lüneburg kritisiert die von der Landesregierung geplante Mittelkürzung im kommunalen Straßenbau um 15 Millionen Euro ganz entschieden.

Laut aktuellem Haushaltsentwurf plant die Regierung 15 Millionen Euro Bundesmittel, die eigentlich an die Kommunen fließen müssten, für den Erhalt von Landesstraßen abzuzweigen. Diese Mittel stehen den Kommunen zu und müssen auch bei ihnen ankommen. Eine weitere Schwächung des kommunalen Straßenbaus ist nicht akzeptabel.

Der Landrat und die Landtagsabgeordneten der Region werden aufgefordert, sich gegenüber der Landesregierung deutlich gegen die Mittelkürzung auszusprechen und sich mit Nachdruck für die vollständige Durchleitung der Mittel einzusetzen.

## **Sachlage:**

Zur Beschlussfassung in der Kreistagssitzung am 21. Dezember 2015 stellt die Gruppe CDU/ Bündnis 21 RRP den als Anlage beigefügten Antrag. Zur Begründung siehe Antrag.

Pr. 7/12  
 **CDU**  
UJR Ne 7.12.  
ZJ KT-Büro WW

CDU/Bündnis 21 RRP-Kreistagsfraktion Lüneburg  
Bürgergarten 4, 21337 Lüneburg

**Per Fax: 26-2001**

Herrn  
Landrat  
Manfred Nahrstedt  
Am Michaeliskloster 4

21337 Lüneburg

**Kreistagsfraktion Lüneburg**  
**Der Vorsitzende**  
Alexander Blume  
Büro:  
Stresemannstraße 6  
21335 Lüneburg  
04131/400 55 0  
04131/400 55 55 fax

Lüneburg, 07.12.15

**Resolution: Hände weg von den 15 Millionen Euro für kommunalen Straßenbau!**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU/Bündnis 21\_RRP-Kreistagsfraktion stellt zur Kreistagssitzung am 21. Dezember 2015 folgenden Antrag:

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Lüneburg kritisiert die von der Landesregierung geplante Mittelkürzung im kommunalen Straßenbau um 15 Millionen Euro ganz entschieden.

Laut aktuellem Haushaltsentwurf plant die Regierung 15 Millionen Euro Bundesmittel, die eigentlich an die Kommunen fließen müssten, für den Erhalt von Landesstraßen abzuzweigen. Diese Mittel stehen den Kommunen zu und müssen auch bei ihnen ankommen. Eine weitere Schwächung des kommunalen Straßenbaus ist nicht akzeptabel.

Der Landrat und die Landtagsabgeordneten der Region werden aufgefordert, sich gegenüber der Landesregierung deutlich gegen die Mittelkürzung auszusprechen und sich mit Nachdruck für die vollständige Durchleitung der Mittel einzusetzen.

Begründung:

Im Rahmen des Entflechtungsgesetzes fließen 2016 voraussichtlich 123,5 Millionen Euro Bundesmittel für die Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturprojekten an das Land Niedersachsen. Das Geld muss – so haben es Land und Kommunen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) vereinbart – vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden.

Dass Rot-Grün den Kommunen diese Mittel jetzt vorenthalten will, wird von den Kommunalen Spitzenverbänden zu Recht als schwerer Vertrauensbruch gewertet. Die kommunale Verkehrsinfrastruktur ist sanierungsbedürftig, die Träger benötigen jeden Cent, um die notwendigen Maßnahmen durchführen zu können. Mal eben Mittel, die den Kommunen zustehen, nicht weiterzuleiten, ist nicht akzeptabel. Der Kreistag schließt sich der Kritik der Spitzenverbände uneingeschränkt an.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Blume  
(Fraktionsvorsitzender)